

Distanzierung und Engagement

Wie politisch sind
die Geisteswissen-
schaften?

Herausgegeben von
Hendrikje Schauer und Marcel Lepper

WORKS & NIGHTS

Inhalt

- 7 Distanzierung und Engagement: Wie politisch sind die Geisteswissenschaften?
- 27 Alexander Gallus: Wenn Konsensverschiebungen und Geschichtsvergessenheit drohen: Zeitgeschichte als öffentliche Aufgabe und intellektuelle Intervention
- 39 *Interview mit Bénédicte Savoy*
- 43 Samuel Salzborn: Unpolitische Politikwissenschaft? Plädoyer für einen außerakademischen Wahrheitsanspruch
- 55 *Interview mit Boris Grésillon*
- 59 Christina Müller: Die Angst geht um oder: Wer will noch politische Geisteswissenschaften?
- 71 *Interview mit Paul Ostwald*
- 75 Luisa Banki: Geheimnis und Öffentlichkeit: Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Literaturwissenschaft
- 89 *Interview mit Sidonie Kellerer*
- 95 Hannes Bajohr: Harmonie und Widerspruch: Mit Judith N. Shklar gegen die »Ideologie der Einigkeit«
- 107 *Die Beiträgerinnen und Beiträger*

jederzeit denken: ›Wenn ich die Provenienz erforsche, dann ist mein Museum übermorgen leer‹, dann könnten sie diese gar nicht mehr erforschen.

Also, einerseits ist Geschichtswissenschaft eine politische Handlung, andererseits muss man die Forschung und ihre politischen Konsequenzen trennen, damit Forschung frei bleibt.

Samuel Salzborn

Unpolitische Politikwissenschaft? Plädoyer für einen außerakademischen Wahrheitsanspruch

Auf den ersten Blick mag die Frage überraschen, ob das Fach Politikwissenschaft eine politische Dimension hat oder nicht. Denn einerseits bedingt es der Gegenstand der Politikwissenschaft, die Politik in ihrer Konstituierung als umstritten und umkämpft, dass sich die wissenschaftliche Disziplin, die diese untersucht, einer Politisierung nie wirklich wird entziehen können: Denn bereits jede Wahl eines Forschungsgegenstandes ist – ganz gleich, ob man dies reflektiert oder nicht – ein politischer Prozess der Entscheidung und des Ausschlusses. Andererseits hat sich das Fach, das sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit gern als »die älteste und zugleich die jüngste aller Wissenschaften von der Gesellschaft der Menschen« verstand, in seinem institutionalisierten Entstehungsprozess in der Bundesrepublik in unmittelbarer Nähe zur Zeitgeschichte ge- und mit dem Auftrag der politischen Bildung zur Schaffung von »mündigen Bürger(inne)n« versehen, was ebenfalls ein unvermeidlich politischer Anspruch war.² Nicht selten wurden die entstehenden politikwissenschaftlichen Institute in der jungen Bundesrepublik als Institute für *Politische Wissenschaft* denominated.

1 Carl J. Friedrich: »Grundsätzliches zur Geschichte der Wissenschaft von der Politik.« in: *Zeitschrift für Politik* N. F. 1 (1954), S. 325–336, hier: S. 325.

2 Vgl. Wilhelm Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*. München: C. H. Beck, 2001.

Unter diesem Label firmierte auch die ältere der beiden politikwissenschaftlichen Fachvereinigungen bis zum Ende des Jahres 2016. Dann wurde aus der Deutschen Vereinigung für *Politische Wissenschaft* die Deutsche Vereinigung für *Politikwissenschaft*; was jüngeren FachkollegInnen wie eine wenig relevante Namensänderung scheinen mag, ist faktisch Ausdruck einer Fachdebatte, bei der es um mehr geht als um Worte – nämlich um Begriffe. Denn im Begriff *politisch* als Selbstbeschreibung für eine wissenschaftliche Fachvereinigung liegen verschiedene Dimensionen, die reflektiert werden müssen: So hatte das Fach mit der so genannten auslandswissenschaftlichen Forschung eine explizit *politisierte* Vorgeschichte, nämlich als integraler Bestandteil des nationalsozialistischen Wissenschaftskampfes und damit der antisemitischen NS-Vernichtungspolitik,³ so dass alles dafür sprach, eine politisierte Wissenschaft zu verhindern, damit »Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.«⁴ Aber umgekehrt liegt in einer sich bewusst nicht-politisch gebenden, werturteilsfrei gerierenden Politikwissenschaft nicht nur das Potenzial zu ihrer Selbstüberflüssigmachung, sondern ein solches Wissenschaftsprogramm ist auch eine erkenntnistheoretische Lüge. Denn schon

das Postulat der Wertneutralität ist widersprüchlich, da es nicht nur selbst bereits ein Werturteil enthält, sondern für eine wissenschaftstheoretische Ruhigstellung plädiert: eine Ruhigstellung, unter deren Ägide aseptische Politikkonzepte umsetzbar werden, weil die wertneutrale auch die technokratische Wissenschaft ist, die stets den Ideologieverdacht nur gegenüber den Anderen formuliert – und genau dadurch selbst zutiefst ideologisch, wertgebunden und politisch ist, es aber unter dem (ideologischen) Postulat der Ideologiefreiheit stets leugnet.

Insofern wirft dieses Spannungsfeld und die Frage nach dem Politischen der Politikwissenschaft generell die Frage auf, die zuletzt u. a. Janus Gudian systematisch behandelt hat, wie politisch Wissenschaft sein *muss*, sein *will* und sein *darf*.⁵ Um diese drei Pole kreist letztlich auch die jüngst innerhalb der Politikwissenschaft begonnene Debatte über das Selbstverständnis des Faches, die seit dem Frühjahr 2016 vor allem über die Frage des öffentlichen Auftrages geführt wurde und wird: *Muss*, *will* und *darf* Politikwissenschaft öffentlich intervenieren, sich also in gesellschaftliche und politische Debatten einmischen? *Muss*, *will* und *darf* sie sich auf den Standort einer wertneutralen akademischen Disziplin zurückziehen? *Muss*, *will* und *darf* Politikwissenschaft politisch

3 Vgl. Gideon Botsch: »Politische Wissenschaft: im Zweiten Weltkrieg. Die »Deutschen Auslandswissenschaften« im Einsatz 1940–1945. Mit einem Geleitwort von Peter Steinbach. Paderborn: Schöningh, 2006 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart).

4 Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik* [1966]. In: ders.: *Gesammelte Schriften*. Bd. 6. Hg. v. Rolf Tiedemann. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1997, S. 3–412, hier: S. 358.

5 Vgl. Janus Gudian: »100 Jahre Universität – die Stunde des Historikers. Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik.« In: »*Politisierung der Wissenschaft. Jüdische Wissenschaftler und ihre Gegner an der Universität Frankfurt am Main vor und nach 1933*. Hg. v. Moritz Epple, Johannes Fried, Raphael Gross u. Janus Gudian. Göttingen: Wallstein, 2016, S. 11–68, hier: S. 63f. (Schriftenreihe des Frankfurter Universitätsarchivs 5).

sein – und in welchem Maße? Um hierauf Antworten zu finden, soll zunächst ein Blick in die sozialwissenschaftlichen Methodologiedebatten geworfen werden,⁶ ohne deren Kenntnis eine politikwissenschaftliche Selbstverständigung nur schwerlich möglich ist, da in ihnen über die Möglichkeiten und Grenzen sozialwissenschaftlicher Erkenntnis auf einer metatheoretischen Ebene jenseits von Einzeldebatten reflektiert wird.

1. Selbstverständigungen in den Sozialwissenschaften

Eines der zentralen Versprechen der frühneuzeitlichen Vorläufer der modernen Sozialwissenschaften war das der Emanzipation von Metaphysik und Aberglauben. An ihre Stelle, so die Hoffnung, sollte das aufgeklärte Subjekt treten und sich in die Lage versetzen, kritisch wie selbstkritisch seine sozialen Kontexte zu verstehen und zu erklären. Das Versprechen der Aufklärung war allerdings, retrospektiv betrachtet, nur ein halbiertes und blieb uneingelöst, weil der Glaube an Gott durch einen neuen, säkularen Glauben an Natur und Technik ersetzt wurde, oftmals auch nur durch diesen ergänzt zwecks Delegation menschlicher (Selbst-)Verantwortung. Gleichwohl stand an der Schwelle zum 20. Jahrhundert das sozialwissenschaftliche Versprechen auf soziale Emanzipation des Subjekts. Offen war dabei aber, wie es eingelöst werden

sollte, mit welcher wissenschaftstheoretischen Legitimation, mit welchem methodologischen Anspruch, unter Bezugnahme auf welche den Geistes- und Naturwissenschaften entliehenen, diese erweiternden oder auch von diesen unabhängigen Methoden es zu konkretisieren war.

Das erkenntnistheoretische Dilemma dieser Selbstverortung bestand darin, dass das Postulat eines sittlichen oder moralischen Anspruchs weiterhin existierte, zugleich aber mit dem Objektivitätspostulat der neu entstandenen naturwissenschaftlichen Erkenntnislogik konkurrierte. Wäre es also für die sozialwissenschaftliche Forschung der Königsweg, von den Naturwissenschaften neben ihrem Skeptizismus gegenüber metaphysischen Unterstellungen auch ihren methodischen Anspruch auf eine wertneutrale und damit potenziell unabhängig von subjektiven Faktoren reproduzierbare Methodenlehre zu übernehmen? Oder sollte es vielmehr der von den Geisteswissenschaften der Aufklärung übernommene revolutionäre Anspruch sein, aus dem sich der Impuls zur kritischen Intervention und Veränderung bestehender Systeme der Herrschaftslegitimation, also ein explizit politisches und alles andere als wertneutrales Motiv sozialwissenschaftlicher Forschung, zu begründen habe? War damit also der Anspruch sozialwissenschaftlicher Forschung ein politischer – oder ein neutraler? Sollten die Sozialwissenschaften wertfrei operieren – oder gesellschaftlich intervenieren?

Diese Fragen, die den Beginn sozialwissenschaftlicher Forschung prägten und die zentralen erkenntnis-

⁶ Dies und die folgenden Passagen ausführlicher in: Samuel Salzborn: *Sozialwissenschaften zur Einführung*. Hamburg: Junius, 2013.

theoretischen Debatten über gut sechzig Jahre – insbesondere in der Werturteilsdiskussion um die Jahrhundertwende, dem Weimarer Methodenstreit in den 1920/30er Jahren und dem Positivismusstreit in den 1960er Jahren – anregen sollten, sind auch heute noch offen und werden sich wohl nie konsensuell beantworten lassen. Denn die Ambivalenz einer Antwort auf die Frage nach der Selbstlokalisierung der Sozialwissenschaften korrespondiert mit der Ambivalenz ihrer Konstituierung. Jeder Versuch einer Festlegung würde deshalb auch genau jene historisch begründete und in die Genese der Sozialwissenschaften eingeschriebene Zerrissenheit zerstören und damit ihren Charakter als Sozialwissenschaften infrage stellen. Und darum ist es auch charakteristisch für die Sozialwissenschaften, dass ihre »Selbstfindung« nie zu einem Ende kommen kann – womit sie sich nicht von den Naturwissenschaften unterscheiden, allerdings dadurch von ihnen abheben können, dass in dieser Unabgeschlossenheit kein Manko, sondern eine Stärke gesehen werden kann: Die Naturwissenschaften hingegen beziehen einen wesentlichen Teil ihrer Selbstlegitimation aus dem Anspruch, verbindliches Wissen zu präsentieren, das jedoch tatsächlich genauso nachhaltigen und fortwährenden Revisionen ausgesetzt ist wie jenes der Sozial- oder Geisteswissenschaften.

Bei resümierendem Blick auf die erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundlagendebatten bis in die 1960er Jahre zeigen sich die Gemeinsamkeiten der Selbstverständigung darin, dass sich ein Konsens über

die Frage herauskristallisierte, worin denn der – oft erbitert ausgetragene – Dissens bestehe. Der damit hergestellte *Konsens im Dissens* bestand in der Debatte über das Verhältnis von Sein und Sollen, also letztlich von Empirie und Theorie und daran anschließend von Norm und Wirklichkeit. Überdies war die Frage nach der Beziehung zwischen WissenschaftlerIn und dem Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung sowie dem Verhältnis von (passiver) Beschreibung und (aktiver) Intervention wesentlicher Bestandteil einer in den 1960er Jahren vorläufig abgeschlossenen Selbstverständigungsdebatte in den Sozialwissenschaften.

2. Politikwissenschaft: Die Frage nach dem Wahrheitsanspruch

Erinnert man an diese sozialwissenschaftlichen Selbstverständigungsdebatten, dann ist die gegenwärtige Diskussion in der Politikwissenschaft vor allem eines: eine stillschweigende Revision dieses *Konsenses im Dissens*. Denn das eigentümliche an der aktuellen Debatte im Fach ist, dass diejenigen, die sich daran *öffentlich* betätigen und darüber diskutieren, ob und in welcher Form Politikwissenschaft öffentlich (und damit politisch) agieren sollte, sämtlich dadurch miteinander verbunden sind, dass sie *alle* wie selbstverständlich öffentlich und damit politisch agieren. Dies betrifft auf der einen Seite die Kritiker Frank Decker und Eckhard Jesse sowie Carlo Masala, die pointiert die ermüdende Selbstbezogenheit wie öffentliche Abstinenz und den damit einhergehenden

Bedeutungsverlust politikwissenschaftlicher Expertise kritisierten und diese in Verbindung gebracht haben mit der innerakademischen Spezialisierung und Priorisierung von rein akademischen vor öffentlichen Relevanzkriterien (Drittmittleinwerbung und Publikationsorientierung auf *peer reviewed journals* vs. Tageszeitungskommentar und Talkshowteilnahme).⁷ Dies betrifft auf der anderen Seite Marc Debus, Thorsten Faas und Armin Schäfer, die in der Entgegensetzung von (öffentlich) sichtbarer und (akademisiert) unsichtbarer Politikwissenschaft einen falschen Gegensatz gesehen haben, die Qualitätssteigerung von Forschung durch *Peer-Review*-Verfahren betont und argumentiert haben, dass der »Vorwurf mangelnder Sichtbarkeit« vor allem auf den »Grenzen eigener Rezeptionsfähigkeit« basiere.⁸ In der Gegenüberstellung fällt eines auf: *Keiner* der Debattenbeiträger ist öffentlich abstinente, im Gegenteil – egal, ob Pro- oder Contra-Position, alle repräsentieren eine auf Öffentlichkeit hin orientierte Politikwissenschaft. Und ob man jetzt Drittmittelerfolge für wissenschaftlich wichtig oder trivial hält, ist letztlich für die Qualität und Relevanz von Forschung gleichgültig, weil sich diese nicht an in Antragsprosa prognostizierter Forschung, sondern an echten Ergebnissen misst – und ein gutes Buch kann man genauso mit wie ohne Dritt-

7 Vgl. Frank Decker, Eckhard Jesse: »Fach ohne Ausstrahlung.« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. April 2016, S. N4; Carlo Masala: »Auf dem Rückzug. Die Politikwissenschaft ist inhaltsleer und irrelevant.« In: *Die Zeit*, 9. Februar 2017, S. 60.

8 Vgl. Marc Debus, Thorsten Faas, Armin Schäfer: »Einfluss auf Debatten. Der Vorwurf der Granden des Faches: Die großen Debatten geraten im Kampf der Jungen um Drittmittel aus dem Blick.« In: *faz.net*, 17. Mai 2017.

mittel schreiben. Das Eigentümliche ist vielmehr etwas ganz Anderes: Diejenigen, die die Öffentlichkeit und damit die politische Selbstpositionierung meiden wie der Teufel das Weihwasser, also diejenigen im Fach, die die Politikwissenschaft gern entpolitisieren wollen, schweigen schlicht in der Debatte. Und dieses dröhnend laute Schweigen kündigt den *Konsens im Dissens* auf und gibt den unveräußerlichen Kern des Politischen preis: weil es sich der Selbstrechtfertigungsnotwendigkeit entwindet, weil es nicht für nötig erachtet, öffentlich miteinander uneins zu sein.⁹

Die Schlüsselfrage, um die es damit eigentlich geht, ist, ob das politikwissenschaftliche Erkenntnisinteresse orientiert ist an einem *innerakademischen Diskurs* oder an einem *außerakademischen Wahrheitsanspruch* – wobei dieser Wahrheitsanspruch fraglos wissenschaftlichen Kriterien genügen muss, die aber eben nicht allein aus einer innerakademischen Selbstbespiegelung generiert werden können. Anders gesagt: Wahrheit ergibt sich aus Wirklichkeit, nicht aus dem Diskurs über sie. Über diese erkenntnistheoretische Grundlage waren sich die drei großen erkenntnistheoretischen Debatten in den Sozialwissenschaften im 20. Jahrhundert uneinig – aber einig darin, dass in diesem Spannungsfeld der *Konsens im Dissens* besteht. Wird in der Selbstverständigung aber diese Einigkeit im Streit aufgegeben, dann verliert die

9 Vgl. Samuel Salzborn: *Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext* [2015], 2., akt. Aufl. Baden-Baden: Nomos, 2017.

Politikwissenschaft ihren außerakademischen Wahrheitsanspruch – was zwei große Risiken für das Fach in sich birgt: einerseits die Marginalisierung von Forschung, die *politisch* interveniert – zugunsten von technokratischem und damit instrumentell *politisiertem* Expertentum; andererseits die langfristige Abschaffung der Politikwissenschaft, denn diese hat überhaupt nur als »Aufklärungswissenschaft«¹⁰ einen Sinn, ohne den die Politikwissenschaft auch in (zeit-)historische, juristische und soziologische Forschung (re-)integriert werden könnte. Der Rückzug in den Elfenbeinturm des Schweigens und die alleinige Referenz auf den innerakademischen Diskurs ist im Übrigen unter der Hand eine technokratische Herrschaftsstrategie, bei der die Ideologie der Ideologiefreiheit droht, auf kaltem Weg durchgesetzt zu werden.

Der außerakademische Wahrheitsanspruch misst die Qualität von politikwissenschaftlicher Forschung nicht daran, ob andere FachkollegInnen in formal (absurderweise durch das Zeitschriften-Ranking *privater* Wirtschaftsunternehmen formalisiert) renommierten, aber real nur überaus mäßig gelesenen *Peer-Review*-Aufsätzen die eigene Relevanz selbstbespiegelnd bescheinigen, sondern muss darüber hinaus gehen: Politikwissenschaftliche Forschung benötigt den außerakademischen Wahrheitsanspruch, da sich die Frage nach der »guten«

Politikwissenschaft nur dadurch beantworten lässt, wie adäquat sie die Realität zu erfassen in der Lage ist – und dies ist eben weder wertneutral noch wissenschaftssystemimmanent, wie sich in Referenz auf die sozialwissenschaftlichen Methodologiedebatten sagen lässt. Es ist aber eben auch nicht (instrumentell, zum unmittelbaren Nutzen eines politischen Auftraggebers) politisiert – sondern (im eigenen Anspruch einer *prinzipiellen* kritischen Distanz) politisch: präzise, valide, transparent, überprüfbar und standpunktergreifend – und gerade in dieser Verbindung unparteiisch. Als IntellektuelleR *muss* der/die PolitikwissenschaftlerIn, in den Worten von Franz L. Neumann, »immer und gegenüber *jedem* politischen System ein Metöke, ein Fremder sein«.¹¹ Genauer gesagt: *müsste*, will sich das Fach nicht selbst aufgeben.

10 Anton Pelinka: *Grundzüge der Politikwissenschaft*. Wien [u.a.]: Böhlau, 2000, S. 12.

11 Franz L. Neumann, zit. nach: Helge Pross: »Einleitung.« In: Franz L. Neumann: *Demokratischer Staat und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie*. Hg. und mit einem Vorwort versehen von Herbert Marcuse. Eingeleitet von Helge Pross. Frankfurt/Main [u.a.]: Europäische Verlagsanstalt, 1967, S. 12 (Politische Texte). (Hervorhebung nicht im Original).

Über die Beiträgerinnen und Beiträger

Hannes Bajohr ist Philosoph und Literaturwissenschaftler. Am Zentrum für Literatur- und Kulturforschung, Berlin, arbeitet er an einer Geschichte der ›negativen Anthropologie‹ als Diskursfigur in der deutschen Philosophie des 20. Jahrhunderts. Zuletzt erschien: *Code und Konzept: Literatur und das Digitale*. Berlin: Frohmann, 2016.

Luisa Banki ist Literaturwissenschaftlerin. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Germanistik der Bergischen Universität Wuppertal. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählt die Epistemologie der Literaturwissenschaft. Zuletzt erschien der gemeinsam mit Michael Scheffel herausgegebene Sammelband *Lektüren. Positionen zeitgenössischer Philologie* (Trier: WVT, 2017).

Alexander Gallus ist Zeit- und Ideenhistoriker. Er lehrt als Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Chemnitz. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt die Intellektuellengeschichte des 20. Jahrhunderts. Zuletzt gab er die Edition *Meinhof, Mahler, Ensslin. Die Akten der Studienstiftung des deutschen Volkes* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2016; Sonderausgabe 2017) heraus.

Boris Grésillon ist Professor für Stadt- und Kulturgeographie an der Universität Aix-en-Provence, als Senior Fellow der Alexander von Humboldt-Stiftung assoziierter

Forscher am Geographischen Institut der Humboldt-Universität und am Centre Marc Bloch in Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört das Verhältnis von Raum und Kultur. Gemeinsam mit Sébastien Vannier gab er zuletzt das Heft *Berlin aujourd'hui (Allemagne d'aujourd'hui*, H. 3, 2017) heraus.

Sidonie Kellerer ist Philosophin. Sie beschäftigt sich mit Fragen der Erkenntnistheorie und der politischen Philosophie. An der Universität zu Köln leitet sie das Forschungsprojekt: *Heidegger and Postmodernity: The Story of a Delusion*. Zuletzt gab sie gemeinsam mit Marion Heinz den Band *Martin Heideggers ›Schwarze Hefte‹. Eine philosophisch-politische Debatte* (Berlin: Suhrkamp, 2016) heraus.

Christina Müller ist Literaturwissenschaftlerin und arbeitet als Sachbuchlektorin im Reclam Verlag. Zuvor war sie Redakteurin der Zeitschrift *Mittelweg 36* sowie des sozialwissenschaftlichen Onlineportals *Soziopolis*, für das sie zahlreiche Beiträge verfasst hat.

Paul Ostwald ist Chefredakteur des *Journal of Interrupted Studies*, einer akademischen Zeitschrift, die Artikel von geflüchteten und exilierten Akademikern publiziert. Sie erscheint ab 2017 zweimal jährlich im Brill-Verlag in Leiden. Ostwald studierte in Oxford Philosophie und Politikwissenschaften.

Samuel Salzborn ist Politik- und Sozialwissenschaftler. Gegenwärtig ist er Gastprofessor für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Politische Theorie und Gesellschaftstheorie sowie Politische Soziologie und Demokratieforschung. Letzte Buchveröffentlichung: *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim: Beltz Juventa, 2017.

Bénédicte Savoy ist Kunsthistorikerin. Sie lehrt als Professorin für Kunstgeschichte der Moderne an der Technischen Universität Berlin sowie am Collège de France in Paris. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen der Kunst- und Kulturtransfer im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, die Geschichte der Museen sowie die Provenienzforschung. Zuletzt gab sie gemeinsam mit Christina Kott den Band *Mars & Museum. Europäische Museen im Ersten Weltkrieg* (Köln: Böhlau, 2016) heraus.

Distanzierung und Engagement:
Wie politisch sind die Geisteswissenschaften?
©Works & Nights
Stuttgart/Weimar 2018
www.worksandnights.net

Gestaltung und Satz: Lena Haubner, Weimar
Druck: Druckerei Schöpfel GmbH, Weimar
Bindung: Buchbinderei Kurt Schirmer, Erfurt
Papier: Munken Pure, 100 und 240 g/m²
Schriften: Scala von Martin Majoor und
Neutral von Kai Bernau
ISBN: 978-3-00-056902-9